

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizeile 40 Pfg.

Nummer 6.

Berlin, den 7. Februar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Lehren aus dem Gewerkschaftskampf. — Das Problem der Gartenstadtbewegung. — Jahresbericht des Bezirks Oberbarn. — Rundschau: Keine Arbeiterkontrollen im Baugewerbe? Tarifverträge und Behörden. Ein Eingekündigter. Ärzte-Terrorismus. Keine Einigung im Holzgewerbe. Steigerung der Unfälle im Bergbau. Der Kampf gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Winteragitation in Württemberg. Nachschreibungen. Anarch. Gaestl. Einiger. Friesdorf. Grltg. Kempten. Kruschwitz. Niederbrechen. Rheine. Rimpar. Weiden. — Soziale Wahlen. — Von den Verhältnissen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

Lehren aus dem Gewerkschaftskampf.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind demokratische Gebilde, wie ein erster Blick auf ihr Wesen und ihre Einwirkung schon lehrt. Aus freiem Willen schließen sich die einzelnen Mitglieder zur Organisation zusammen. Aus freier Wahl gehen die Beamten und Vertrauenspersonen auf den Gewerkschaftsparlamenten, den Generalversammlungen hervor. In der Delegation zu diesen Versammlungen, der Abstimmung der Delegierten kommt hier das Mitbestimmungsrecht jedes einzelnen zum letzten Ausdruck. Die Beamten wieder treten den Mitgliedern nicht etwa als Höhergestellte, in der Gewandung eines Bürokraten gegenüber, sondern als Kollegen, als Gleichgestellte, die mit jenen ein reines Vertrauensverhältnis verbindet. Dieser demokratische Geist muß auch die Gewerkschaftsorganisationen durchziehen; nur er verbürgt die innige Anteilnahme des einzelnen an seiner Organisation, die Organisationsfreudigkeit, die als Grundlage für den gewerkschaftlichen Zusammenhalt, für die gewerkschaftlichen Aktionen unerlässlich ist.

So notwendig also das demokratische Prinzip als Grundlage für die Gewerkschaften ist, um so weniger können sie andererseits aber auch einer straffen Leitung, in deren Hände als letzte Entscheidungsinstanz, eine gewisse Autokratie gelegt ist, entbehren. Das ergibt sich aus der ganzen geschichtlichen Entwicklung, die die Gewerkschaften in den beiden letzten Jahrzehnten genommen haben und den dabei gewonnenen Erfahrungen. Solange die Gewerkschaften noch klein waren, ihr Rahmen sich über einen beschränkten Kreis nicht hinausdehnte, die Verhältnisse in dieser Beschränkung leicht übersehbar, die Aussichten für eine eventuelle Lohnbewegung leicht abzuschätzen waren, da konnte dem Mitbestimmungsrecht der einzelnen Mitglieder bei Lohnbewegungen noch ein breiterer Raum gewährt werden. Das änderte sich und mußte sich ändern, als die Gewerkschaften sich immer mehr zentralisierten, die Mitgliederzahlen, die Finanzen stiegen, die wirtschaftlichen Verhältnisse immer komplexer wurden, die Abschätzung der Machtverhältnisse und Erfolgsmöglichkeiten bei Lohnbewegungen eine Unsumme von höherer Weisung, Erfahrung, Wissen und Können voraussetzte, die Verantwortung zunahm. Da mußte sich die Demokratie eine Selbstbeschränkung im Interesse des Ganzen auferlegen, sich einer Reihe von Rechten zugunsten einer das Ganze überblickenden Zentralinstanz entäußern. Bekundeten damit die einzelnen Mitglieder, daß sie dieser Instanz ein hohes Maß von Vertrauen entgegenbrachten in dem Sinne, daß sie von der großen Verantwortung derselben überzeugt waren, so entbrach diesem Vertrauen andererseits der ernste Wille der Mitglieder, sich den Entscheidungen dieser Instanzen auch zu unterwerfen, der verantwortlichen, lediglich von gewerkschaftlichen Pflichten getragenen Leitung gegenüber auch Gewerkschaftsdisziplin zu üben.

Diese Notwendigkeit, die Entscheidung über Beginn und Ende von Lohnbewegungen in die Hand einer letzten Instanz zu legen und hierüber auch formale Bestimmungen in den Gewerkschaftsstatuten zu erlassen, wurde, woran die „Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. 3) vom „freien“ Metallarbeiterverband erinnert, schon früh erkannt. Der Deutsche Metallarbeiterverband z. B. sah sich vor diese Notwendigkeit schon auf seiner 3. Generalversammlung zu Altenburg im Jahre 1893 gestellt. Hier wurde ein besonderes, noch heute gültiges Streikreglement beschlossen, um, wie es hieß, „der in Streitfragen herrschenden Anarchie zu steuern“. Zu derartigen Maßnahmen haben sich bald auch die andern Verbände veranlaßt, so unter andern der „freie“ Holzarbeiterverband, dessen Organ, die „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 2), konstatiert, daß er Schritt um Schritt dem Vorstadium des Genossenschaftsrechts bei Streiks in die Hand legte, ihn zum obersten Streitleiter machte und ihm somit die Befugnis zuerkannte, allein über Führung und Beendigung eines Lohnkampfes zu bestimmen.

An diese Entwicklung zu erinnern geben Veranlassung einige unerfreuliche Erscheinungen, die sich in den letzten drei Jahren in einem Teil der deutschen Gewerkschaftsbewegung gezeigt haben, Fälle, die einer direkten Verletzung des Gebots der Gewerkschaftsdisziplin gleichkommen. In frischer Erinnerung ist das jüngste Vorkommnis in Mannheim (Strebelwerk), wo mehrere Hundert gewerkschaftlich organisierte Arbeiter im Widerspruch

mit der Organisationsleitung, die den Streik als ausichtslos für beendet erklärte, einfach weiter streikten, unbestimmt darum, daß sie dadurch die Gefahr einer Aussperrung heraufbeschworen, von der, wäre sie Wirklichkeit geworden, Tausende ihrer Arbeitskollegen mit ihren Familien betroffen worden wären. Ähnlich lagen die Dinge vor einigen Monaten in Stettin im Betriebe des Vulkan, 1905 in der Berliner Elektrizitätsindustrie. In den Kreis der gleichen Erscheinungen gehören auch der Widerspruch von der sozialdemokratischen Presse verheerter Buchdrucker gegen den neuesten Buchdruckertarif, der Sturmangriff organisierter Maurer gegen die neue Tarifregelung im Baugewerbe vom Jahre 1908. Hier kam es allerdings nicht zu direkten Disziplinarbrüchen. Dagegen brachten es hier gewerkschaftlich organisierte Arbeiter fertig, ihre Führer, die sich ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt, eine Neuregelung der Arbeitsbedingungen in Form von Tarifverträgen vorgenommen hatten, die den Mitgliedern nicht weitgehend genug erschienen, nicht allein zu beschimpfen, sondern auch dahin zu verdrängen, als ob sie sich von Unternehmenseite hätten bestechen lassen und damit die wahren Arbeiterinteressen verraten hätten. Die letztgenannten Fälle der Aufsehung der Mitglieder gegen ihre Führer sind jedoch nicht weniger zu verurteilen wie der offene Disziplinarbruch, da sie in ihren Wirkungen sich so ziemlich gleichkommen und in beiden Fällen eine empfindliche Schädigung der Gewerkschaftsbewegung mit ihren berechtigten Forderungen im Gefolge haben.

Eine Disziplinlosigkeit der Mitglieder kann einmal die Gewerkschaften selbst schwer treffen, sofern sie regelmäßig die Gefahr einer Aussperrung seitens der von der Lohnbewegung getroffenen Arbeitgeber heraufbeschwört. Gelingt es der Gewerkschaftsleitung nicht, ihre Mitglieder durch die Entziehung der Unterstützung zur Raison zu bringen, so werden Aussperrungen für die Folge unausweichlich sein, in die vielleicht Tausende unschuldig hineingezogen werden. Die Gewerkschaften werden diese unterfüttern und damit ihre Finanzen aufzehren müssen in einer Weise, daß sie dadurch vielleicht auf Jahre hinaus an einer energischen Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben behindert werden. Was weiter die öffentliche Meinung anbelangt, so sind Disziplinarbrüche und ähnliche Dinge ganz gewiß nicht geeignet, deren Sympathie etwa für eine Arbeiterbewegung zu erwidern. Welch einen gewichtigen Faktor die öffentliche Meinung jedoch für oder gegen eine Arbeitsbewegung der Arbeiter darstellt, das hat ja mit aller Deutlichkeit die letzte Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier gelehrt. Hoffnungsvolle Ansätze für eine Fortentwicklung unserer ganzen sozialen Verhältnisse sehen wir in den Tarifverträgen. Diese Entwicklung wird gewiß nicht gefördert werden, wenn sich Symptome zeigen, die die Unterlage für den Abschluß von Tarifverträgen, starke Organisationen, deren Mitglieder Disziplin zu üben wissen und ehrlich die Bedingungen des Tarifabschlusses zu halten sich bestreben, zu untergraben geeignet erscheinen. Fälle von Disziplinarbruch verstärken endlich die Argumente der Scharfmacher, derjenigen Kreise, die sich noch immer nicht zu einer Anerkennung der Arbeiterorganisationen, zu Verhandlungen mit diesen bequemen können. Mit Genugtuung werden sie diese Abneigung damit zu begründen suchen, daß die Organisationen noch lange nicht die Garantien zu bieten vermöchten, die den Abschluß von Tarifverträgen auch wirklich als begehrenswert und vorteilhaft erscheinen lassen.

Woraus erklären sich nun diese Fälle von Disziplinarbruch, und wie ist solchen behauerlichen Vorkommnissen in Zukunft zu begegnen? Daß an ihnen die sozialdemokratische Presse mit ihren aufhebenden Redensarten, ihrem blinden Wüten gegen jegliche Autorität einen großen Teil der Schuld trägt, ist schon angedeutet worden und kann in keiner Weise bestritten werden. Andererseits kann aber auch eine große Gefahr für die Gewerkschaftsdisziplin in der Art der Agitation der Gewerkschaften selbst liegen. Die Agitation bringt es schon immer leicht mit sich, daß etwas dicker aufgetragen wird, als es die Wirklichkeit verträgt. Werden nun in Versammlungen den Gewerkschaftsmitgliedern übertriebene Versprechungen gemacht, den Gewerkschaften selbst eine Kraftfülle angedichtet, die die Erwartungen der Mitglieder aufs höchste spannen müssen, die sie aber gar nicht besitzen können, dann sind Rückschläge, falls die Erwartungen der Mitglieder nicht erfüllt werden, nur zu leicht erklärlich. Also Maßhalten in der Agitation. Dazu muß sich gesellen Aufklärung der Mitglieder über die wirklichen Aufgaben der Gewerkschaften, die mit politischem Massenkampf und ähnlichen Experimenten nichts zu tun haben, die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, ihre Pflichten gegenüber dem Volksganzen, und die deutsche Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung wird auch die hier beklagten Uebelstände — wie früher so manche andere — zu überwinden wissen!

Harmlos flog manch Wortlein aus,
Böse ist es angekommen;
Sagst du etwas grad' heraus,
Wird's gewöhnlich frummgenommen.
O. Jegerl.

Das Problem der Gartenstadtbewegung.

Ausgehend von der Ermägung, daß die mit der Landflucht zusammenhängende Uebersiedelung der Städte, besonders in Großstädten, naturgemäß eine Steigerung der Wohnungsnot, eine Vermehrung wirtschaftlicher und sittlicher Mißstände zeitigt, gedenkt die in den neunziger Jahren vergangenen Jahrhunderts fast gleichzeitig in Deutschland und England aufgetauchte „Gartenstadtbewegung“ diesen Mängeln auf eigenartige Weise abzuwehren. Durchgreifende Gesundung des Großstadtlebens in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht scheint den Anhängern jener Reformbestrebungen nur denkbar, wenn es gelingt, den Zustrom der Landbevölkerung zurückzuleiten. Dieses ist aber nur möglich durch Verpflanzung der den Zufuß zur Großstadt bedingenden Anziehungspunkte aufs Land unter gleichzeitiger Wahrung der dem Landleben anhaftenden Vorzüge. Eine solche „Vermählung von Stadt und Land“, die eine Verteilung der zusammengehörigen Volksmassen unserer Großstädte bezwecken und denkbar günstige Wohnungs- und Lebensverhältnisse gewährleisten soll, hofft man in der Anlage von „Gartenstädten“ gefunden zu haben. Wie der Name besagt, handelt es sich dabei um Städte gartenartigen Charakters, in denen die Bürger durchweg zu billiger Pacht und Miete auf Gemeindegeländen sitzen, allen Schädigungen durch rücksichtslose Bau- und Bodenspekulation überhoben sind. Grundlegendes Moment bei Anlage einer Gartenstadt ist also Fortfall jeglichen Privateigentums am Boden.

Eine schematische Darstellung des Bauplanes einer Gartenstadt findet sich zuerst in dem 1898 erschienenen Werk: „To Morrow“ (in spätern Auflagen: „Garden Cities to Morrow“ genannt) des Engländers Ebenezer Howard.

Der Grundriß seines Stadtplanes zeigt fünf konzentrisch angeordnete Ringstraßen oder „Avenuen“, die in gleichen Abständen von sechs radial aus der Stadtperipherie zum Mittelpunkt strebenden „Boulevards“ durchschnitten werden. Im Zentrum der Stadt liegt ein der Bürgerschaft zugänglicher Garten. Um diesen herum gruppieren sich die öffentlichen Gebäude, wie Rathaus, Museum, Hospital, Theater usw., umgeben von einem breiten, ringförmigen Zentralpark. Hierauf folgt unter der Bezeichnung „Krischallpalast“ als weiterer Parallelkreis eine gewaltige Glashalle, die sämtliche Geschäfte und Läden der Stadt aufnimmt und gleichzeitig bei ungünstiger Witterung einen geschützten Wandelgang bietet. Als weiterer Ring schließt sich der Glaspassage sodann die fünfte Avenue an, welche zwischen sich und der nächsten, vierten Avenue, den ersten Wohnhausgürtel einschließt. In gleicher Anordnung finden sich fernerhin fünf weitere Ringstraßen, die zwischen je zwei aufeinanderfolgenden Ringstraßen die übrigen gartenlandumhagten Häuserblöcke der Einwohner. Die dritte Avenue zeichnet sich durch besondere Breite aus (bis 130 Meter). Sie enthält die Kirchen und Häuser der Stadt und soll deshalb ganz besonders luftig und geräumig sein.

Das Gelände jenseits der an der Peripherie liegenden ersten oder äußersten Avenue ist der Industrie vorbehalten. Hier können Fabriken betrieben und Lagerplätze errichtet werden, ohne daß die Stadt selbst in hygienischer oder ästhetischer Hinsicht Einbuße erleidet. Das dieser letzten Gebäudezone umgrenzende freie Land bietet zudem der anwohnenden Arbeiterbevölkerung eine gute Gelegenheit zu nebenberuflicher, landwirtschaftlicher Betätigung.

Dem Lokalverkehr dient eine die Stadt umkreisende Ringbahn, die an sechs Schnittpunkten der Boulevards oder Radialstraßen mit der Stadtperipherie, also der Industriezone, Stationen besitzt. Von diesen aus kann dann die innere Stadt leicht durch Kleinbahnen erschlossen werden. Wie mit diesen Kleinbahnen, steht jene Ringbahn auch mit den Volkbahnen des Fernverkehrs in Verbindung.

Soviel über die technische Seite der Gartenstadtanlage, nun zu den wirtschaftlichen Vorbedingungen und Aussichten einer solchen Gründung! Daß die Umgestaltung einer bestehenden Großstadt zu einer Gartenstadt in reiner Form jedenfalls nicht möglich ist, dafür sorgt schon trotz gegenteiliger Ansicht die Unausführbarkeit des gesamten Grundrisses durch die Gemeinde. Anders verhält es sich allerdings bei neuen Stadtgründungen, wie solche beim Hinausziehen der Industrie aufs Land gelegentlich auftreten. Hier ist es wohl möglich, wie einige englische Beispiele beweisen, wenigstens innerhalb gewisser Grenzen die Gedanken der Gartenstadtbewegung zu verwirklichen. Der Gründungsprozess ist etwa folgender:

Entwickelt sich in der Nähe eines Dorfes eine Industrie größeren Umfangs, so hat die Gemeinde unter Beihilfe der Unternehmer dahin zu wirken, die Arbeiter, Beamten, Händler und ähnliche Personen auf selbst erworbenen Ackergrund anzusiedeln. Zwecks Erwerb des billigen Bodens hat die Kommune irgendwo Geld aufzunehmen, denn ihr nächstes Ziel muß sein, alleinige Besitzerin der Bauplätze zu werden. Die Rentabilitätsberechnung dieses Anlaufs ist eine einfache. Man sagt sich: Als Ackerland wird der Grund und Boden höchstens eine vierprozentige Verzinsung erbringen, als Bau- und Gartenland aber in Pacht an die Siedler vergeben, einen ungleich höheren Ertrag abwerfen. Der aus dieser Rentendifferenz sich ergebende Gewinn soll hinreichen, nicht nur zunächst die Anleihe zu verzinsen und in etwa 30 Jahren zu amortisieren, sondern auch um einen großen Teil öffentlicher Ausgaben zu decken, wodurch eine bedeutende Verminderung der Kommunalumlagen sich ergeben würde. Durch solche von der Gartenstadt unter andern gebotenen Vorteile hofft man ein starkes Abströmen der Bevölkerung aus den überfüllten Großstädten. Die nächste Folge hier, so folgert man, ist ein durch die Konzentrierung bedingtes prächtiges

Stufen der Bodenrente. Mit Hilfe einer verbolllkommenen Entgeltungsgegebung wird es nunmehr der Gemeinde verhältnismäßig leicht werden, sich des gesamten Grundbesitzes zu bemächtigen, wodurch dann dem Uebergang auch der Großstadt zur, nebenbei 30 000 Köpfe zählenden Gartenstadt, die Wege gebnet sind.

Wie weit so weit sind, wird es allerdings noch gute Weile haben, so einfach läßt sich das Gartenstadtproblem denn doch nicht lösen, da hier eine Anzahl wirtschaftlicher Momente mitprechen, die sich nicht so leicht aus der Welt schaffen lassen.

Die ersten von Erfolg gekrönten Versuche mit einer Verwirklichung der Gartenstadt-Idee sind in England gemacht worden, wo Georg Cadbury, der Chef einer großen Kakao-Firma, 6 Kilometer von Birmingham entfernt 500 Morgen erwarb, von denen er 100 für den Fabrikbetrieb und 400 für Anpflanzungszwecke bestimmte. Die vom Gärtnler selbst erbauten Pachthäuser wurden in Kürze von freiwillig hinzuziehenden Arbeitern besetzt, so daß sich die Siedelung in wenigen Jahren zu einer Ortschaft von einigen tausend Einwohnern auswuchs. Eine ähnliche, ebenfalls gescheiterte Gründung wurde von der bekannten Firma der Sunlight-Soap in der Umgegend von Liverpool ins Werk gesetzt. Die sich in einem angekauften Fischerdorf niederlassenden Arbeiter bezogen ebenfalls freiwillig und, was hier wie bei dem ersten genannten Unternehmer von ausschlaggebender Bedeutung, ohne ihre Selbstbestimmung durch Abhängigkeit gegen die Firma einzutauschen, die erstellten Pachthäuser. Gerade in dem Verhalten völliger Unabhängigkeit des Pächters vom Verpächter besteht der große Unterschied zwischen der deutschen Arbeiterkolonie, wie wir sie beispielsweise bei Krupp finden, und der englischen Stadtanlage. Dort ist immer, mehr oder weniger betont, das fortwährende Arbeitsverhältnis zum Fabrikbetriebe. Vorbereitung weiterer Mietberechtigung, hier dagegen bleibt dem Arbeiter das Nutzungsrecht des Hauses unbeschadet etwaiger Lösung des Arbeitsverhältnisses, der Arbeiter ist hier nicht in seiner Eigenschaft dem Unternehmer gegenüber, sondern als erster freier Anwohner einer werdenden Stadt anzusehen.

Um abschließend ein Urteil zu gewinnen über den Wert der Gartenstadt-Bewegung, läßt sich sagen, daß dieselbe trotz der mitunter in der reinen Ausgestaltung des Gedankens liegenden utopischen Hoffnungen einen sehr guten und beachtenswerten Kern birgt. Es ist das die neuerdings mehr und mehr betonte Mahnung an die Gemeinden, durch umfassendste Okkupation des Bodens den schädlichen Bodenwucher zu unterbinden und damit die Wohnungs- und Existenzverhältnisse der Bürgererschaft in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht nachhaltig aufzubessern.

Jahresbericht des Bezirks Paderborn.

Das verfloßene Jahr stand im Zeichen wirtschaftlicher Depression. Die Krisis mit ihren Begleiterscheinungen drückte dem wirtschaftlichen Leben ihren Stempel auf. Die Bautätigkeit war im allgemeinen schlecht. Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß nach Abschluß der Tarifverhandlungen eine Besserung eintreten würde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. An einigen Orten herrschte eine leidliche Arbeitslosigkeit, z. B. in Gütersloh, Soest und Bielefeld. Im Gebiet Bielefeld trug die Neuanlage einiger Zementfabriken zur Belebung des Baumarcktes bei. Im Gebiet Bielefeld sah es schlecht aus mit der Arbeitslosigkeit, ein großer Teil der Kollegen mußte dieserhalb abziehen. Etwas besser wurde die Lage, als in Deninghausen die Korrekturen auf dem Bergbau wurde, denn hierdurch gab es für die Bippstädter und Hornener Kollegen Arbeitsgelegenheit. In Paderborn war in der letzten Hälfte des Jahres 1908 eine gute Konjunktur. Es wurden hauptsächlich staatliche und häusliche Arbeiten ausgeführt, nämlich das Lehrerseminar, eine Bürgerhalle, zwei Turnhallen und der Ostbahnhof. Die Privatbauwirtschaft war nicht besonders gut. An kirchlichen Gebäuden ist besonders hervorzuheben: der Neubau des bischöflichen Generalarbistats und die neue Schule im Franziskanerkloster. Die Steinindustrie lag ebenfalls darnieder. Eine Folge der Krisis war besonders darin zu erkennen, daß eine Menge Bauhandwerker und Arbeiter aus dem Industriegebiet zurückkam, weil die Arbeitsgelegenheit dort nicht günstig war. Hierdurch wurde selbstverständlich die Lage nicht besser und die Arbeitgeber haben sich dieses zunutze gemacht, indem sie versuchten, die Löhne zu reduzieren.

Die wirtschaftliche Krisis hat auch im Organisationsleben ihre Spuren hinterlassen. Neue Zahlstellen wurden nicht gegründet. Eingegangen sind Rütten (Steinach), Westereiden (Steinach), Gejele und Dissendorf. Durch Gründung des neuen Stein- und Zementarbeiterverbandes scheidet auch Arndt aus und tritt in den neuen Verband ein. Zu verzeichnen ist, daß ein Fortschritt erreicht wurde und zwar haben alle Zahlstellen des nationalsozialistischen Beitritt eingeführt. Der Verhandlungsbezug ließ in einzelnen Orten zu wünschen übrig. Hierin muß es künftig besser werden. Die Zahlstellenverträge haben ihre Pflicht und Schuldigkeit zum größten Teil erfüllt. Ein gutes Zeichen ist es ebenfalls, daß die Kollegen sich bemühen, mehr in die gewerkschaftliche Literatur einzubringen und so immer mehr Verständnis zu gewinnen für die Aufgaben im Wirtschaftsleben. Der Stand des Bezirks ist folgender: Nach den Abrechnungen des dritten Quartals 1908 waren 39 Verwaltungs- und Zahlstellen vorhanden mit 2020 Mitgliedern. Vertreten ist die Organisation im Bezirk an 52 Orten.

Die wirtschaftliche Bewegung des verfloßenen Jahres war umfangreich. Der gesamte Verbandsbezirk stand in Lohnbewegung, mit Ausnahme der Orte, welche einen längeren Tarif hatten. Schwere, langwierige Verhandlungen wurden geführt. Der Gang der Verhandlungen einzeln anzuführen, erübrigt sich, denn sämtliche Mitglieder sind genau informiert darüber. Das hauptsächlichste Ergebnis aber war, daß es den Arbeitgebern nicht gelang, den Nachkriegs- zur Durchführung zu bringen. Durch den Schiedsgericht wurde aber auch den Lohnreduzierungen vorgebeugt, welches gerade von größter Wichtigkeit für die Kollegen während einer wirtschaftlich schlechten Zeit ist. Trotzdem ist es gelungen, für einen Teil der Kollegen einige Verbesserungen zu erreichen, und zwar an folgenden Orten:

Ort	Lohn- erhöhung	Arbeitszeit- verlängerung	für Mitglieder
Bielefeld	3	1,2	57
Bielefeld	5 (1908 3 Fig., 1909 2 Fig.)	—	49
Bielefeld	1	—	238
Paderborn (Zim.)	4	—	36
Soest (Zim.)	3	—	11
Bippstadt (Zim.)	3-5	—	20
Soest (Dach)	3	—	6
Dissendorf	1 (für 1909)	—	150
Gejele	2-4	—	22
Westereiden	2	—	25
Arndt	2	—	90
Gejele	2	—	15
Rütten (Rath.)	3-4	—	25

Anßerdem steht der Schiedsgericht für Bippstadt und Gejele für 1909 eine Lohnreduzierung von 1 Pf. vor.
Die Lohnbewegungen haben nicht einen vollständigen Abschluß erreicht, wurde in Bielefeld. Dort versuchten die Stein- und Zementarbeiter, den Tarif zu durchbrechen. Die Kollegen

haben einmütig die Arbeit niedergelegt und nach acht Tagen mußten die Arbeitgeber den Vertrag wieder anerkennen, welcher den Kollegen eine Lohnreduzierung von 3 Pf. pro Stunde und 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung brachte. Die Auffassung und Innehaltung der Verträge durch die Arbeitgeber ist nicht vertrauenswürdig für die Arbeiterschaft des Baugewerbes. In Warburg, Scherfede, Steinheim bestanden Verträge, welche eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde vom 1. 4. 1908 vorsahen. Aber die Herren hielten diese Verträge nicht. Infolge der schlechten Arbeitsgelegenheit war nichts zu unternehmen. Als aber die Arbeitsgelegenheit besser wurde, traten die Kollegen an die Arbeitgeber heran und so mußten diese den Vertrag wieder anerkennen. Der Kollektivvertrag wird ebenfalls nicht in allen Orten von den Arbeitgebern erfüllt, denn die vielen Beschwerden am Eingangsamt legen bereites Zeugnis dafür ab. Bei den Verhandlungen in Berlin waren die Unternehmer-Verbände in Bezug auf, ob auch die Arbeiter den Vertrag innehalten würden. Jetzt läßt sich feststellen, daß die Arbeiter in ihrer Tarifkreuz besser dastehen, als die Herren Arbeitgeber.

Der Agitationsbezirk Paderborn umfaßt größtenteils ländliche Gebiete. Ein großer Teil Landwirter und Arbeiter ist deshalb gezwungen, in die Fremde zu gehen. Getrennt von der Familie, muß ein doppelter Haushalt geführt werden. Weibchen kehren diese Arbeiter auf einige Wochen in den Familienkreis, in die Heimat zurück. Als im Bezirk verbleibenden Kollegen wohnen größtenteils nicht am Arbeitsorte. Weiße Wege, oft bis zwei Stunden, müssen gemacht werden, aber es wird die Bahn benutzt, um zur Arbeit zu gelangen. Diese Kollegen haben dann den ganzen Tag nichts Warmes zu essen. Die Gesundheit leidet unter diesen Verhältnissen sehr. In die Versammlung gehen diese Kollegen selten und deshalb kann man auch begreifen, daß es schwer ist, dieselben für die Organisation zu gewinnen. Allmählich ist aber eine Besserung eingetreten, denn nachdem die Bauarbeiter überall organisiert sind, ist der Organisationsgedanke bedeutend gefördert worden. Die Gesamtfrage der Arbeiter ist nicht die beste, wie aus obigen Sätzen hervorgeht. Durch die Verteuerung der Lebensmittel, hohen Mieten und erhöhten Steuern, verbunden mit der Arbeitslosigkeit an einzelnen Orten, wurde dieselbe noch schlechter gestaltet als im Vorjahre. Im Winter sieht ein Teil der Kollegen ohne Erwerb da, die Folgen kann sich jeder selbst denken.

Die Beteiligung der Kollegen an den konfessionellen Vereinen ist in einzelnen Orten gut, es muß aber auch hierin entschieden mehr geschehen, denn eine Anzahl Kollegen steht noch fern. Die Teilnahme an den sozialen Wahlen ist ebenfalls eine bessere geworden. Dasselbe ist auch von den Kommunalwahlen zu verzeichnen, aber es muß betont werden, daß hier noch vieles nachgeholt werden muß, ehe einigermaßen zufriedenstellende Zustände eintreten. Der Bauarbeiter-schutz liegt noch sehr im argen. In Bielefeld und Paderborn sind von der Polizei Verordnungen herausgegeben worden zum Schutze der baugewerblichen Arbeiter. In den übrigen Orten scheint die Behörde keine Mängel vorzufinden, trotz der Klagen der Arbeiter. Hier ist es Aufgabe der Kollegen, mehr den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten, damit die Arbeiter keinen Schaden leiden an Leib und Gesundheit.

Die Arbeiterschaft im Baugewerbe im Bezirk Paderborn ist fast sämtlich organisiert. Es kommen in Frage der Arbeitgeberbund in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten, der Bezirksverband Bielefeld für das Baugewerbe, der Bippische Arbeitgeberbund für das gesamte Baugewerbe und der Nordwestdeutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe. Die Kollegen stehen fast überall im Tarifverhältnis. Die Schlichtungskommissionen lassen es an einigen Orten an dem notwendigen Eifer fehlen. Da liegt es lediglich an dem guten Willen des Vorstehenden, denn es ist bedauerlich, wenn erst nach wiederholter Aufforderung die Kommission zusammentritt. Solches Verhalten ist nicht geeignet, Vertrauen zu erwecken.

Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Organisationen ist in Bielefeld ein gespanntes. Dort versucht man nämlich mit allen Mitteln die christliche Organisation niederzudrücken. In den anderen Orten ist das Verhältnis leidlich. An einigen Orten kommen fast gar keine Genossen in Betracht.

Die Presse des hiesigen Bezirks steht der christlichen Arbeiterbewegung nicht sehr günstig gegenüber. Einige Ausnahmen sind vorhanden. Dieses liegt zum Teil an den Arbeitern selbst. Hier müssen die Arbeiter von ihrem Recht Gebrauch machen und solche Zeitungen halten, welche der christlichen Arbeiterbewegung freundlich gegenüberstehen.

Aus vorstehendem Bericht ist zu ersehen, daß an Organisationsarbeiten vieles geleistet wurde, trotzdem darf nicht vergessen werden, daß noch eine große Anzahl Aufgaben muß erfüllt werden. Mögen daher alle Kollegen mit Mut und Entschlossenheit weiterarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation. Einigkeit, Disziplin und Opferfreudigkeit müssen besonders gepflegt werden, denn der Vertrag ist bald abgelauten und 1910 müssen wir gerüstet dastehen. Disziplin haben die Kollegen gezeigt bei den Verhandlungen und Ergebnissen der Lohnbewegung. Mögen sie ebenso treu im kommenden Jahre zur Organisation stehen, damit die Lage der Kollegen gebessert wird. In dieser Stelle sage ich allen Kollegen Dank, welche sich an der Mitarbeit beteiligt haben. Mögen sie auch ferner mitwirken zum Nutzen und zur Erhebung des Arbeiterstandes.
Friedrich Werner, Bezirksleiter, Paderborn, Ludwigstraße 35.

Rundschau.

Keine Arbeiterkontrolleure im Baugewerbe? Die „Kieler Neuesten Nachrichten“ schreiben unterm 27. Januar:

„Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, steht das Reichsversicherungsamt den Bestrebungen angeleitete Arbeiter zur Unterstützung bei der Baukontrolle heranzuziehen, ablehnend gegenüber. Im Reichsversicherungsamt ist die Ansicht vorherrschend, daß die Baugewerkschaften ihre Aufgabe in zufriedenstellender Weise erfüllen, indem sie vor allen Dingen den Unfallverhütungsvorschriften Verständnis entgegenbringen.“

Wo mag das Blatt wohl seine Weisheit herhaben? Sind die Beziehungen der Bauunternehmer zum Reichsversicherungsamt so nahe, daß eine solche Mitteilung erfolgen konnte, und zwar jetzt schon, nachdem der Reichstag kaum einen auf Arbeiterkontrolleure abzielenden Antrag angenommen hat? Das wäre eine herrliche Illustration zur Respektierung der Reichstagsbeschlüsse durch die Regierung.“

Tarifverträge und Behörden. Das Kartell der Arbeitgeberverbände im Baugewerbe Groß-Berlins hat eine Eingabe zur Neuverhandlung des hiesigen Tarifvertrages an die Stadtverordneten gerichtet. Geantwortet wird darin anderem auch, daß hiesige Arbeiter nur an solche Unternehmer vergeblich werden, die die positiven den Organisationen des Arbeitgebers und Arbeitnehmer abgeschlossenen Tarifverträge innehalten. Hoffentlich finden die Arbeitgeber bei diesem Verhalten keinen Widerstand, denn die Kommunalverwaltungen sind an einem klügeren, leistungsfähigen Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerstand in hohem Maße interessiert. Damit wird auch dem sozialen Frieden gedient und jenen Schädlingen, die auf Kosten der anderen Kartelle zu errögen gedenken.

das Handwerk gelegt. Auch der weiteren Ausbreitung der Tarifverträge kann eine derartige behördliche Anerkennung und Bevorzugung nur dienlich sein.

Ein Eingekerkertes. Eine Sitzung des Verbandes der Baugeschäfte Berlins beschäftigte sich dieser Tage auch mit dem Arbeitsamtesgesetzentwurf und kam zu dem Schluß, daß kein Bedürfnis dafür vorhanden sei. Nach dem Ausfall der ersten Sitzung des Gesetzes im Reichstag sei aber anzunehmen, daß der Reichstag einem Gesetz über Arbeitsamtern die Zustimmung geben wird. Nun werden die Mitglieder der Arbeitsamtern nach Maßgabe des Verhältniswahlverfahrens gewählt. Es ist deshalb mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auch sozialdemokratische Arbeitgeber in die Kammer gewählt werden, die erfahrungsgemäß in allen wichtigen Fragen auf der Seite der Arbeitnehmer ständen. Auf diese Weise sei die große Mehrheit der bürgerlichen Arbeitgeber von vornherein zur Untätigkeit verdammt, da sie stets in der Minderheit sein würden. Dagegen muß dringend Einspruch erhoben werden. Der Reichstag soll daher gebeten werden, den vorliegenden Entwurf so abzuändern, daß den bürgerlichen Arbeitgebern wenigstens die Parität gesichert wird. Da stellen sich die Arbeitgeber selber ein Armutzeugnis aus. Seiber aber ist es so, wie zahlreiche Gewerbetreibende beweisen. Die bürgerlichen Arbeitgeber horten hinter dem Ofen oder dem Stammisch und schimpfen die sozialdemokratischen Arbeitgeber dagegen wählten. Der trägt mithin die Schuld an diesem Zustand? *

Merzte-Terrorismus. Bei dem vor einigen Jahren in Köln stattgefundenen Merzestreit mit der Ortskrankenkasse griff bekanntlich die Aufsichtsbehörde ein, und schloß mit den Merzern auf der Grundlage der freien Merzlerwahl einen fünfjährigen Vertrag ab. Die Kasse selbst wollte beschränkte Wahl und socht die Gültigkeit des von der Aufsichtsbehörde abgeschlossenen Vertrages an. Nunmehr, nach fünf Jahren, und nachdem der angezogene Vertrag am 1. Februar d. J. abläuft, ist entschieden worden, daß der damalige Vertrag zu unrecht abgeschlossen worden ist. Inzwischen geht der Kampf um die freie oder beschränkte Merzlerwahl wieder an. Der Krankentassenverband hat mit 69 auswärtigen Merzern Verträge abgeschlossen, da die Kölner Merzler auf der freien Wahl bestehen. Um diese Forderung durchzusetzen, haben sie nunmehr erklärt, vom 1. Februar ab keine Kassennmitglieder und auch deren Familienangehörigen unter keinen Umständen, auch nicht gegen Bezahlung zu behandeln. Acht Krankentassenärzte, die im April d. J. mit dem Krankentassenverband neue Verträge abgeschlossen hatten, wurden vom Ehrengericht der rheinischen Merzlerkassen wegen Ehrenwortbruchs zu einem Verweis und 300 M. Geldbuße verurteilt. Das geht denn doch tatsächlich zu weit. Die Merzler dürfen sich nicht wundern, wenn die öffentliche Meinung mehr und mehr zu ihren Ungunsten umschlägt. Zudem messen sie mit ungleichem Maße. Wir meinen damit ihr Verhalten den Berufsgenossenschaften gegenüber. Hier verlange alle freie Wahl, im Kampfe mit den Berufsgenossenschaften aber ist es dem Arbeiter nicht möglich, von irgend einem Arzt, der nicht von der Genossenschaft vorgeschrieben wurde, irgend ein Attest zu erlangen. *

Keine Einigung im Holzgewerbe. Am 21. Januar fanden in Essen a. d. Ruhr auf Einladung des Einigungsamtes für das Holzgewerbe in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete erneute Verhandlungen über die Erneuerung von 26 Tarifverträgen statt. Die Verhandlungen scheiterten schon nach zweistündiger Verhandlung, da die Arbeitgeber auf einem großen Bezirksvertrag bestanden, die Arbeiter aber sich nur auf Einzelverträge einlassen wollten. Einem einheitlichen Ablaufstermin legen sie nichts in den Weg. Die Arbeitgeber stützen sich auf ihre „Berliner“ Beschlässe, die durchgehört werden müßten. Da die Arbeiter bei diesen Beschlässen nicht mitgewirkt haben, wollen sie dieselben auch nicht anerkennen. Auch wollen sie dem Arbeitgeberverband keine Mittel an die Hand geben, bei irgend einem Anlaß den ganzen Vertrag über den Haufen zu werfen. *

Steigerung der Unfälle im Bergbau. Die vorläufigen Ermittlungen der Knappschafts-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1908 ergaben eine bedeutende Steigerung der zur Anmeldung gelangten Unfälle im deutschen Bergbau gegenüber dem Vorjahre, nämlich von 92 455 auf 103 582, mithin um 11 127 oder 12 Prozent. Die Zahl der Verletzten, denen im Jahre 1908 zum erstenmal Entschädigungen gezahlt wurden, ist gegen das Vorjahr um 530 oder 4,7 Prozent, die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang um 126 oder 7,2 Prozent, die Zahl der Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit um 403 oder um 7 Prozent gestiegen. Unter den tödlich verlaufenen Fällen sind die Opfer von Raddob einbezogen. Den Ursachen dieser Unfälle nachzugehen, dürfte eine hundertfache Aufgabe sein. Die augenblickliche Wirtschaftslage dürfte jedenfalls auch nicht unbedeutend dazu beitragen, da unter dem größeren Arbeitsangebot die Leistung bis zur Höchstgrenze ausgenutzt wird, worunter die Vorsichtsmaßregeln naturgemäß leiden müssen. *

Der Kampf gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten greift auch nach Oberschlesien über. Auf der Grube-grube in Schoppin wurde ein Steiger wegen seiner Zugehörigkeit zu besagtem Verband entlassen. Die Empörung über diese Beschränkung der persönlichen Freiheit kam in einer großen Protestversammlung in Königshütte zum lebhaftesten Ausdruck. In einer dort gefaßten Resolution wurden die gesetzgebenden Faktoren auf die Gefahr hingewiesen, die durch eine derartige unübliche Bevormundung der technischen Bergbeamten hervorgerufen wird, von deren technischen und moralischen Fähigkeiten das Wohl und Wehe Tausender von Bergleuten abhängt. Der Generaldirektor der Grube-grube, Geheimrat Althmann, hat wenige Tage darauf keine sämtliche Angestellten vor die Wahl gestellt, entweder aus dem Bunde auszutreten oder die Grube sofort zu verlassen. Die Bundesmitglieder sind auf eine derartige Zumutung gefaßt gewesen, denn sie haben mit großer Einmütigkeit erklärt, daß sie sich ihr Koalitionsrecht nicht nehmen lassen wollten. Daraufhin sind dann sechs zum Teil jahrelang auf der Grube beschäftigte Steiger sofort entlassen worden während fünf weiteren Grubenbeamten die Kündigung zum nächsten Termin zugestellt worden ist. Auffallend ist, daß gleichzeitig auf der Dubenstoggrube, die dem bekannten Bergarbeiter untersteht, ebenfalls ein technischer Beamter gemäß regelt worden ist. Es scheint demnach, daß es sich hier um ein einheitliches Vorgehen der Grubenbesitzer handelt. Diese neuen Versuche, das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Angestellten illusorisch zu machen, sind um so unerträglich, als erst vor kurzem der Verband Bayerischer Metallindustriellen erfahren mußte, daß die öffentliche Meinung in solchen Kämpfen rathlos auf Seiten der angegriffenen Angestellten steht. *

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind die Firma Jensen in Dentrath b. Düsseldorf die Firma Evers in Reuentkirchen b. Rheine, wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages, Hannover (Stiftung). Bismarck ist ferngehalten.

Bezirk Bodum.

Sitzung der Schlichtungskommission Glabbeek.

Am 26. Januar fand eine Sitzung der Schlichtungskommission statt. Zur Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei ordnungsgemäßer Kündigung den Lohn nach Ablauf derselben sofort zu zahlen, und wo ist derselbe zu zahlen. 2. Nachzahlung des Lohnzuschlags von 1 Pf. vom 1. Juli bis 15. August 1908. Punkt 1 hat im Dezember schon das Einigungsamt Essen beschäftigt und wurde an die Schlichtungskommission Glabbeek zur Überweisung. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst: Zu Punkt 1: Die Auszahlung des Lohnes bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgt an Lohn- und Abschlagstagen. In außergewöhnlichen Fällen wird der Lohn am Auflösungsstage gezahlt. Erfolgt die Kündigung von Seiten der Arbeitgeber, so ist der Lohn nach Ablauf der Kündigung sofort zu zahlen. Arbeiter, welche im Bereiche der politischen Gemeinde beschäftigt sind, sollen die Entlassungspapiere nebst dem verdienten Lohn im Bureau des Arbeitgebers abholen, sofern der Auflösungsstag nicht an einer Lohn- oder Abschlagstag fällt. In diesen Tagen werden Papiere und Geld auf die Baustelle gebracht. Desgleichen bei auswärtigen Arbeitern. Zu Punkt 2 wurde beschlossen, die am 1. Juli in Kraft getretene Lohnhöhung von 1 Pf. pro Stunde für die Zeit vom 1. Juli bis 1. bzw. 15. August 1908 wird nachgezahlt. Diese Beschlüsse gelten nur für Glabbeek. Wir bitten unsere Kollegen, von diesen Beschlüssen genaue Kenntnis zu nehmen, damit sie im gegebenen Falle orientiert sind. Des Weiteren bitte ich alle Kollegen, welchen noch eine Forderung an die hiesigen Arbeitgeber durch diesen Beschluß zusteht, mir bis zum 12. Februar Mitteilung zu machen, unter Angabe des Unternehmers, der gearbeiteten Stundenzahl und genauen Adresse. Aug. Krefz, Glabbeek i. W., Herberstraße 23.

Rheinhausen. Recht eigentümliche Verhältnisse haben auf dem Kruppischen Werk in Rheinhausen bei den dort beschäftigten Maurern und Bauhilfsarbeitern Platz gegriffen. Durch ein heimlich einmütiges Vorgehen war es uns im Frühjahr 1907 gelungen, daß der Stundenlohn von 46, 47 Pf. auf 53 Pf. erhöht wurde, auch wurden verschiedene andere Mißstände beseitigt. Nach diesem Erfolg hätte man glauben sollen, die nun einmal organisierten Kollegen würden der Organisation treu bleiben, aber weit gefehlt. Nachdem das Ziel erreicht war, brach ein Teil keine Organisation mehr. Durch das Einsetzen der Krise machte sich auch auf dem Werke ein schlapper Geschäftsgang bemerkbar. Dieses mußte nun die Direktion gegenüber den Bauarbeitern aus, indem sie zuerst die Zuschläge für Sonntag-Nacht- und Überarbeit kürzte, alsdann wurde die Arbeitszeit verkürzt auf neun Stunden, es wurde sogar eine Forderung im November eingelegt, obwohl periodenweise noch Maurer der Firma Krefz bei Weichselbach herangezogen wurden. Nun hätte man glauben sollen, die dort beschäftigten Bauarbeiter wären durch die Krise, das Einlegen von Forderungen und die Mißzüge schon genügend gedrückt gewesen. Aber weit gefehlt, es war nur ein Vorpiel. Der Hauptstoß der Direktion kam erst im Dezember. Nachdem man gesehen hatte, daß sich die Bauarbeiter in launischer Demut alles bieten ließ und sich nicht regte, wurde Mitte Dezember 1908 durch Anschlag bekanntgemacht, daß der Lohn um 2-30 Pf. und noch mehr gekürzt werde. Nun durften sofort bei Zutrittreden auch wieder zehn Stunden gearbeitet werden. Dadurch kamen die Arbeiter ja wieder auf den Lohn, den sie vorher erreichten, und hoffte sie durch diese Maßnahmen in ihrer Schlafmüdigkeit zu erhalten. Nun erst regte sich bei einem kleinen Teil das Interesse an der Organisation wieder, jetzt konnten sie sie wieder gebrauchen, um das so leichtsinnig Verscherzte wieder zu erobern. Der Lohnabzug allein hat wohl den Kollegen nicht die Augen geöffnet, der Hauptgrund ist wohl in der Behandlung zu suchen. Bei dem geringsten Vergehen werden die Kollegen mit Strafen bestraft. Läßt einer nur einmal ein Stück Arbeitsgerät liegen und kehrt es nicht sofort ab, so folgt eine Strafe von 50 Pf. bis 1 M. Ja, selbst dann werden Maurer bestraft, wenn die Hilfsarbeiter, die die Arbeitsgeräte geholt haben, dieselben nicht sofort abliefern. Gebraucht ist es auf den Werken, daß die Maurer und Hilfsarbeiter ihr Frühstück und Wasser in der Baubude einnehmen. Hier wird es ihnen verboten, selbige müssen sie direkt auf den Arbeitsstellen in Staub, Schmutz und giftigen Gasen einnehmen. Weigern sie sich, so wird eine Massenbestrafung vorgenommen. Hier ist die Frage am Platze: Für wen ist die Baubude da? Etwa wenn der Gewerkeinspektor dem Werk einmal einen Besuch abstattet und er dann die schöne, seine Bude bewundern kann, während die Maurer in Wind und Wetter ihr Brot verzehren müssen? Auch ist dieselbe als Aufenthaltsraum für die vielen dort beschäftigten Arbeiter viel zu klein. Notwendig wäre es, wenn der Herr Gewerkeinspektor von Wesel sich mal genau orientieren würde, damit Abhilfe geschaffen wird. Eine ganze Reihe Schikanen könnte man noch aufzählen, denen die Bauarbeiter dort ausgesetzt sind. Angesichts dieser Vorkommnisse mußte das Organisationsbedürfnis der Bauarbeiter auf dem Kruppischen Werke wieder erwachen. Mögen dieselben sich nun wieder Mann für Mann der Organisation anschließen, dann wird es uns in kurzer Zeit gelingen, das so schmachlich Verlorene wieder zurückzuerobern. So, soweit müssen wir in Rheinhausen auf dem Kruppischen Werke kommen, daß sich die Kollegen mit denen in Essen gleichstellen. Hierzu bedarf es aber einer regen, aufopfernden Agitations- und Aufklärungsarbeit sämtlicher Kollegen.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Nachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stukkateure.

Winteragitation in Württemberg.

In der Zeit vom 6. bis 14. Januar d. J. wurde von den Kollegen Rott und Häuschen eine Agitationsstour durch das Gaisental unternommen, um auch den dortigen Kollegen Aufklärung über Notwendigkeit und Wesen der Organisationen zu bringen. Es wurden acht Versammlungen abgehalten. In einigen Orten hatten dieselben besser besucht sein dürfen, in anderen Orten dagegen waren die Gipser und Stukkateure fast vollständig erschienen. Von den Referenten wurde die mirgaltige Krise und ihre Einwirkung auf das Erwerbseben geschildert, auch wurden die Kämpfe im Baugewerbe vom vergangenen Jahre einer sachlichen Beschreibung unterzogen. Weiter wurde recht deutlich hervorgehoben, wie nur durch die Organisationen der Arbeiterstand in der Lage ist, seine wirtschaftlichen Interessen den starken Arbeitgeberverbänden gegenüber wahrzunehmen. Am Schluß der Referate wurde auch der Unterschied zwischen den bestehenden Gewerkschaften erklärt. Ausdrücklich wurde betont, daß die christlichen Gewerkschaften die Bekämpfung der Sozialdemokratie den Seiten überlassen, welche sie geschaltet haben. Unbereits aber wurden die christl. Gewerkschaften nicht eher ruhen, bis sie auch den letzten, auf christlich-nationalen Standpunkte beruhenden Arbeiter ihren Reihen angegeschlossen haben. Um so mehr, da die christl. Gewerkschaften allein diejenigen Organisationen seien, in welchen alle Arbeiter, die auf vorbereiteter Grundlage stehen, ohne Partei- und konfessioneller Unterschied ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam vertreten können. Die Vorträge wurden überall sympathisch, in vielen Orten aber mit größter Begeisterung aufgenommen. Die Diskussion war in den meisten Versammlungen sehr lebhaft. Sie regte insbesondere, daß die Gipser der

Gaisentale bis auf wenige Ausnahmen nicht sozialdemokratisch gesinnt sind. Wenn sie nur heute zum großen Teil Mitglied des sozialdemokratischen Stukkateurverbandes sind, so ist das weniger ihrer freien Ueberzeugung, sondern der sozialdemokratischen Kräfte zuzuschreiben, durch welche sie in diese Organisation hineingetrieben sind. Ja, man brauchte sich keine Mühe zu geben, um den, in den Versammlungen anwesenden Kollegen klar zu machen, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften und insbesondere der „freie“ Stukkateurverband in Wirklichkeit sozialdemokratisch seien. Die meisten der anwesenden Kollegen hatten es schon am eigenen Leibe erfahren müssen. Es wurden von Versammlungsteilnehmern Erlebnisse geschildert, die die Zugehörigkeit des „freien“ Stukkateurverbandes zur Sozialdemokratie mehr als drastisch bewiesen. Aus allen Versammlungen hörte man heraus, daß die Gaisentaler Kollegen die sozialdemokratische Zwangsjacke herzlich satt haben und nur der Gelegenheit harren, aus derselben herauszukriechen zu können. Nun, auch diese Gelegenheit wird sich finden, und wollen wir dann hoffen, daß sich die christlichen Kollegen aus dem Gaisentale auch als ganze Männer zeigen.

Den Genossen ist auch so langsam klar geworden, daß ihre Felle im Gaisentale im Wegschwinden begriffen sind. Wie man sich denken kann, geraten sie darob in nicht geringe Wut. In einem Artikel des „Stukkateur“ (Nr. 4), überschrieben: „Von der Winteragitation im Gaisental“, läßt denn auch so ein Genosse seiner Wut die Zügel schießen. Wir glauben es dem Genossen ja gern, daß unsere Versammlungen ihm auf die Nerven geschlagen sind. Und wenn er nun schimpft, so kann man ihm das ja nicht sonderlich übel nehmen, denn er will ja dadurch beweisen, daß er geistig höher steht, als wie die Christen, bei denen, nach des Genossen Darstellung, die geistigen Hilfsmittel recht armfelig sein sollen. Wir stimmen dem „geistreichen“ Artikelschreiber gern zu, daß, wenn man durch Vor-schwindeln Geistesreichtum beweist, er der Geistesreichere ist. Wir bezweifeln bloß, daß das im oben benannten Artikel von Mülhausen Geschwindelte allein seinem Geiste entsprungen ist, glauben vielmehr, daß ihm ein von Geschäftsneid erfüllter Wirt Beihilfe geleistet hat. Denn weder dem Kollegen Rott noch Häuschen ist es eingefallen, bei dem Wirt der Bahnhofsrestauration eine Versammlung abzuhalten, vielmehr jene derselben um sein Lokal zu betragen. Auch ist es nach Rantsch recht er-sunden, daß uns der Pfarrer des Ortes gesagt habe, wo wir unsere Versammlung abhalten sollten. Es hat vielmehr ein Mülhauser Kollege das Lokal „Zum Falken“ empfohlen, und deshalb hielten die Kollegen Rott und Häuschen auch ihre Versammlung dort ab. Daß die christl. Agitatoren dort ihre Versammlungen abhalten müssen, wo der Ortsgeistliche es haben will, sind Mäpchen, wie sie eben dem „geistreichen“ Hirne sozialdemokratischer Gewerkschaftsagitatoren entspringen. Auch hat es dem „geistreichen“ Genossen wehe getan, daß geistliche Herren in den Versammlungen der Christlichen gewesen sind, um dort die Forderungen der Arbeiter in sachlicher Begründung kennen zu lernen. Wir dagegen finden es für recht verständlich, wenn ein Pfarrer sich auch über die weltlichen Bedürfnisse seiner Pfarrkinder informiert. Ja, für viel verständlicher, als wenn im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager sozialdemokratische Kapitalisten gegen das Kapital predigen, oder adeliche Sozialdemokraten gegen die adeligen Junker pauken. Oder sind das nur verkappte Junker?

Dies können wir unseren Gegnern sagen, durch ihr sinnloses Schimpfen werden sie uns nicht von unserer Agitationsarbeit abbringen. Im Gegenteil, wenn unsere Gegner schimpfen, wissen wir, daß wir sicher auf dem rechten Weg sind, unsere Organisation größer und mächtiger zu gestalten.

Maurer.

Aachen. Am Sonntag, den 17. Januar, fand die Ausschub-sitzung unserer Verwaltungsstelle statt, zu der unser Bezirks-leiter Kollege Lange erschienen war. Zur Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht vom 4. Quartal und Jahreskassenbericht. 2. Geschäftsbericht. 3. Bericht der Delegierten. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes. Die Einnahme und Ausgabe im 4. Quartal betrug für die Hauptkasse 6904,51 M. Eingesandt wurden im Laufe des Quartals 4000 M. Die Einnahme der Verwaltungsstelle betrug 3066,06 M., die Ausgabe 2308,32 M. Lokal-kassenbestand in der Verwaltungsstelle 757,74 M. Die Jahres-einnahme der Verwaltungsstelle für die Hauptkasse betrug 21306,30 M., die Ausgabe für die Hauptkasse 7176,44 M. Es wurden verausgabt an Rechtschutz 237,68 M., an Kranken-unterstützung 1134,85 M., Sterbeunterstützung für Mitglieder oder deren Frauen 368 M., Gemaßregeltenunterstützung 456,66 Mark, Agitation 56,75 M. Im Laufe des Jahres wurden an die Hauptkasse gesandt 11850,80 M. Die Abrechnung des Sekretariats ergab die Notwendigkeit der Beitragserhöhung, welche mittlerweile durchgeführt wird, wodurch zu hoffen steht, daß in Zukunft die Verhältnisse besser werden, vorausgesetzt, daß alle Kollegen ihre Pflicht tun. Die Unterhaltung der Sekretariate und Ausbreitung der Verwaltungsstelle erfordert die finanzielle Unterstützung aller Kollegen. Möchten die Kol-legen nun ihre Pflicht tun in der prompten Bezahlung der be-schlossenen Winterbeiträge. Dieses wurde um so mehr be-tonnt, als in diesem Frühjahr die Einigkeit und die Stärke vor-handen sein muß, wenn die tarifliche Lohnhöhung der Aache-ner Maurer und Bauhilfsarbeiter eintreten soll. Damit ferner die bevorstehende Bewegung der Stukkateure, Zimmerer, Fliesenleger, sowie der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Esch-weiler erfolgreich durchgeführt werden kann. Zum Punkt „Kassengeschäfte“ wurden einige Beschlüsse gefasst, welche den Zahlstellen schriftlich zugehen und in den Versammlungen zur Kenntnis der Kollegen gebracht werden. Der Jahresbericht des Vorsitzenden zeigte, daß die Krise auf unsere Bewegung ungünstig eingewirkt hat. Um Lohnreduzierungen zu verhüten, verlängerten die im Eschweiler Lohngebiet tätigen Kollegen ihren bisherigen Tarif um ein Jahr, ebenso die Stein- und Marmorarbeiter in Aachen. Die Kollegen der Neuen Wal-heimer Kalkwerke mußten einen harten Kampf gegen Lohn-reduzierung führen, jedoch haben die Unorganisierten, zum Teil auch sozialdemokratisch Organisierte, den Erfolg ver-eitelt. Dieselben bekommen jetzt ihren Lohn dafür. Lohn-reduzierungen und schlechte Behandlung sind an der Tages-ordnung. Sie haben sich dieses selbst verdient. — Die Zimme-ner Aachens erstrebten ein weiteres Tarifverhältnis. Infolge der schlechten Geschäftslage konnte diesen Bestrebungen wenig Nachdruck verliehen werden, weil keine Aussicht auf Erfolg vorhanden war. Dieselben haben, trotzdem ohne Tarif ge-arbeitet wurde, keine Lohnreduzierung erfahren, weil sie fest in der Organisation standen, welches die Unternehmer ab-schreckte. So hat sich die Treue der Kollegen zur Organisation be-lohnt. Im Stuckgewerbe sah der bestehende Tarif 2 Pf. Lohn-erhöhung am 1. April vor, die aber nur dann eintreten sollte, wenn die Kollegen die unorganisierten Geschäfte ver-ließen. Weil dieses nicht geschah, trat die Lohnhöhung nicht ein. — Bei dem Tarif der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Aachen nutzten die Unternehmer die schlechte Konjunktur gründlich aus, und zahlten zum Teil geringere Löhne als im vorigen Jahre, ohne die Grenze des Tarifes zu verlassen. Dieses Verhalten der Unternehmer wurde bestärkt durch das arbeiterschädigende und feindselige Verhalten der Unorganisierten zum Verbands, wodurch die gesamte Kollegenschaft geschädigt wurde. — Auf sozialem Gebiet sind Wahlen zur Ortskrankenkasse in Aachen und Eschweiler getätigt worden. In der ersteren sind unsere Kandidaten zwar mit knapper Majorität gewählt worden, aber gegen 1906 ist ein starker Rückgang der Stimmen zu ver-zeichnen. An Aufklärung und Agitation hat es sicher nicht ge-liebt, wohl aber scheint das Interesse bei unseren Kollegen

gegenüber diesen Angelegenheiten sehr zu fehlen, welches gerade kein rühmliches Zeichen ist. Die schlechte Kon-junktur im Baugewerbe dürfte kein Grund sein, von der Wahl zurückzubleiben. Hoffen wir, daß es auch darin in Zukunft besser wird. — In Eschweiler war die Beteiligung eine bessere, und wurden unsere Kandidaten ebenfalls gewählt. Das ver-gangene Jahr ist allen Kollegen in manchem eine Lehre gewesen, wie man es nicht machen soll. Treue und Festig-keit in der Organisation ist der beste Schutz gegen die Will-kür der Unternehmer. Viele Kollegen haben dieses auch ein-gesehen und sind in unsere Reihen wieder eingetreten. Die Hauptaufgabe für uns alle ist, die Unorganisierten aufzuklären und in die Organisation hineinzubringen. Alle Anzeichen sind dafür vorhanden, daß die Hauptkrise vorüber ist. Werden wir mit frischem Mut Agitatoren. In diesem Jahre gilt es, weitere Verbesserungen zu erreichen. Sorgen wir, daß wir durch eine starke Organisation gerüstet sind. — Die Tätigkeit des Sekretariats zeigt sich wie folgt: Einberufen und be-sucht wurden: Konferenzen 9, öffentliche Verbandsversamm-lungen 16, Mitgliederversammlungen 174, Vorstandssitzungen 101, Lohnkommissions- und sonstige Sitzungen 47, Bau-besprechungen 11, Bautenstatistik 6 für 15 Tage, Unterrichts-kurse 20, schriftliche Arbeiten, wie Eingaben verschiedenster Art wurden gemacht 32, Briefe wurden abgesandt 276, Karten 422, Drucksachen 2390. Wegen vorgerückter Zeit wurde von dem Berichte der Delegierten abgesehen. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Als Beisitzer wurden Koll. Pitz, Bleifens und Hermanns, als Revisoren Koll. Leonard Kalfz, Math. Klein und Wilhelm Keller gewählt. Als Delegierten zum Bezirkskartell wurden gewählt Jak. Pitz, Simon Corman, Nikolaus Klein-Stolberg, Paul Taschbach, Leonard Calfz und Heiner Rader-macher. Darauf hielt Kollege Lange einen kurzen Vortrag über: „Unsere Aufgaben in der Zukunft.“ Es wurde auf die Not-wendigkeit der Pflege des Arbeitsnachweises im Sekretariat hingewiesen und die Kollegen gebeten, sich bei Arbeits-losigkeit sofort dort zu melden, sowie auch offene Stellen gleich mitzuteilen. Ferner möchten die Kollegen und Zahl-stellen, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht eingesandt haben, dieses schnellstens nachholen zur Eintragung in das Verzeichnis.

Amelungen. Nachdem die hiesigen Unternehmer vergange-nen Sommer eine Lohnkürzung von 50 Pf. pro Tag vor-genommen hatten, sahen die Amelunger Kollegen ein, daß es auf die Dauer ohne Organisation nicht gehen könne. Es ent-schlossen sich daher einige organisierte Kollegen, eine Agitations-versammlung einzuberufen, zu der unser Bezirksleiter Koll. Werner (Paderborn) erschienen war. Er hielt uns einen Vor-trag über Ziel und Nutzen der Organisation. Nach dem sehr lehrreichen Vortrage meldeten sich 12 Kollegen zur Aufnahme. Von den 27 ortsanwesenden Maurern waren 22 zur Versamm-lung erschienen, davon waren 12 Unorganisierte, die sich sämt-lich dem Verbands anschloßen. Es wurde beschlossen, vorläufig bei der Verwaltungsstelle Beratungen zu bleiben. Mögen die Kollegen von Amelungen sich die Worte des Kollegen Werner wohl zu Herzen nehmen und Hand mit anlegen zur Förderung ihrer Standesinteressen, nicht aber auch in der Agitation er-lahnen, bis der letzte Mann für uns gewonnen ist.

Arnsch. Am Sonntag, 17. Januar, hielten wir unsere Generalversammlung ab. Dieselbe war von 12 Kollegen besucht, das bedeutet nach den hiesigen Verhältnissen eine gute Versammlung. Die Kollegen am Orte sind fast alle unjere-r Organisation angeschloßen. Im ganzen sind nur 20 Bauhand-werker vorhanden. Bisher gehörten 8 Kollegen unserer Orga-nisation und 10 der freien Gewerkschaft an. Das gegenseitige Organisationsverhältnis war kein gutes. In Erinnerung dürfte noch sein die Auseinandersetzung mit dem großen „Strategen“, der die Christlichen trotzen wollte. Die Christlichen sind ge-blieben, sie stehen heute noch fester zur Organisation, wie je zuvor. Wo ist aber die allein seligmachende Organisation mit ihren Mitgliedern geblieben? Die bisher freigeorganierten Kollegen mit ihrem Vorsitzenden Salowitz an der Spitze haben sich unserem Verbands angeschloßen. Ein Kollege steht noch außen, der wird aber bald nachfolgen. Mancher Strauß wurde früher gegenseitig ausgefochten. Heute sind wir treue Seelen, so soll es auch in Zukunft bleiben. Wenn jeder Kollege seine Pflicht erfüllt, dann werden die Genossen kein Bein mehr auf der Erde hier bekommen. Dafür zu sorgen, soll unsere nächste Aufgabe sein.

Ezerst. Am Montag, den 18. Januar, hielt unsere Ortsgruppe in Ezerst die erste General-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Vortrag, 4. Diskussion. Kollege Hellwing erstattete den Bericht. Die Verwaltungsstelle wurde am 29. März vor. J. gegründet, indem die christl. gesinnten Maurer, welche im vollen Verbands organisiert waren, be-schlossen, sich christlich zu organisieren. In der Gründung traten 18 Kollegen sofort bei, diese Zahl hat sich auch erhalten, indem der Abgang der Mitglieder durch neugewonnene ersetzt wurde. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich, wie folgt: Ver-kauf wurden 15 Eintrittsmarken zu 50 Pf. gleich 7,50 M., 368 Beitragsmarken zu 25 Pf. gleich 92,00 M., 95 Beitragsmarken zu 30 Pf. gleich 28,50 M., 42 Arbeitslofenmarken zu 25 Pf. gleich 10,50, in Summa 138,50 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe gegenüber von 28,45 M. In der Vorkasse verblieben nach Abzug der Ausgaben 14,40 M. In den Vorstand wurde Kollege Brill als Vorsitzender, Kollege Friedrich Hellwing als Kassierer und Kollege Rebmang als Schriftführer und Haus-taffierer gewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Knetter und Szatlowitz. Hierauf hielt Kollege Müller (Danzig) einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder. In der Diskussion wurde beschlossen, von jetzt ab alle Monate regelmäßig die Versammlung abzuhalten. Um 8 1/2 Uhr fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Enniger. Am 10. Januar fand unsere dies-jährige Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand 1. Wahl des Vorstandes, 2. Kassen-bericht, 3. Verschiedenes. Zum 1. Vorsitzenden wurde gewählt Kollege B. Knap, zum 2. Koll. W. Sammel, zum 1. Kassierer S. Gablen, zum 2. B. Steinhoff, zu Schriftführer S. Schäfer und S. Albert. Zu Revisoren wurden gewählt Th. Stuhnis und S. Böcker. Alle nahmen ihr Amt mit Dank an. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 603,67 M., die der Vorkas-se 90,25 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 23.

Frieddorf. Am 22. Januar. Gestern hielt unsere Verwaltungs-stelle die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag und 4. Ver-schiedenes. Der Vorsitzende Kollege Kassel eröffnete die Ver-sammlung um 9 Uhr und hieß die Anwesenden freundlichst will-kommen. Der Kassierer Kollege Bayer gab zunächst den Kassen-bericht vom 4. Quartal. Die Einnahme betrug für die Ver-waltungsstelle 143,90 M., für die Vorkasse 64,75 M. Dem-gegenüber steht die Ausgabe: an die Verwaltungsstelle 143,90 Mark, für die Vorkasse 77,50 M. Das Defizit in der Vorkas-se war dadurch entstanden, daß gelegentlich des „gemüthlichen Abends mit Berlosung“ die Einnahmen die Ausgaben nicht deckten. Anschließend an diesen Quartalsbericht gab Kollege Bayer einen Bericht für das Jahr 1908. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1908 betragen für die Verwaltungsstelle 675,59 M.; für die Zahlstelle 100,45 M., einschließlich 9,09 M. Bestand vom Jahre 1907. Die Ausgaben betragen: an die Verwaltungsstelle 675,59 M., in der Zahlstelle für Hauskassierer 33,64 M., Porto und Schreibmaterial 2,75 M., Kartellbeiträge 15,90 M., für Berlosung extra 60,50 M., Ehrung eines verstorbenen Kollegen 1,20 M. Zusammen 113,99 M. Aufgenommen wurden im Berichtsjahr 19 Kollegen. Bei der Gründung der Zahlstelle

